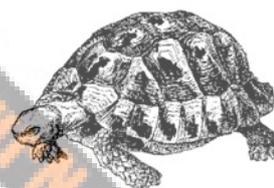


express

Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



Zaghafter Widerstand

Warum den Gewerkschaften die Verteidigung des Achtstundentags so schwer fällt – von Lucas Rudolph*

In: *express* 7/2025

Die deutsche Wirtschaft steht vor dem Abgrund und Schuld ist die Faulheit der Beschäftigten. So ungefähr dürfte man wohl Friedrich Merz verstehen, als er im Februar – damals war er noch Kanzlerkandidat – sagte: »Mit einer Vier-Tage-Woche und Work-Life-Balance werden wir den Wohlstand nicht halten.«¹ Wenig später legte Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, nach und forderte »mehr Bock auf Arbeit« von seinen Landsleuten.² Die Parole blieb hängen. Sie wird immer wieder bemüht, wenn CDU/CSU, Arbeitgeberverbände und Wirtschaftsforschungsinstitute für die Abschaffung des Achtstundentags werben.

Kurz nach seinem Amtsantritt machte Merz weiter. Am 13. Mai verkündete er auf dem CDU-Wirtschaftstag, dass es mit der Work-Life-Balance endlich mal gut sein müsse.³ CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann legte noch eins drauf und erklärte, er habe »manchmal den Eindruck, dass es nicht mehr um Work-Life-Balance geht, sondern um Life-Life-Balance«.⁴ Wollte er unterstellen, die Masse der Leute würde gar nicht mehr zur Arbeit gehen?

Ganz so schlimm sei es noch nicht, wusste das kapitalfreundliche Institut der deutschen Wirtschaft (IW) zu berichten. Aber doch schlimm. Denn im Vergleich der OECD-Länder würden die Deutschen durchschnittlich am drittwenigsten arbeiten.⁵ Die Meldung wurde in allen großen Medien aufgegriffen. Selten erfuhr man den Grund, weshalb die durchschnittliche Jahresarbeitszeit pro Kopf hierzulande vergleichsweise gering ausfällt: Die Beschäftigten in der Bundesrepublik arbeiten häufiger in Teilzeit. Laut der Bundesagentur für Arbeit sind es mittlerweile fast 40 Prozent.⁶

Die Fakten helfen aber wenig. Die Debatte läuft, Ressentiments gegen Faule werden bedient. Sie treffen nicht mehr nur die Erwerbslosen. Vermehrt wird in Zeitungen und Talkshows diskutiert, ob es nicht auch den Lohnarbeiter:innen zu gut ginge.

Die ständig wiederholte Behauptung, keiner hätte mehr »Bock auf Arbeit«, soll die mittelmäßige gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik begründen – »Wohlstand« nennt das Merz und tut so, als ergäbe sich das monatliche Geld auf dem Privatkonto direkt aus dem Bruttoinlandsprodukt. Die Rezessionsjahre 2023 und 2024 und die Aussicht, dass es 2025 wieder kein nennenswertes Wirtschaftswachstum geben könnte, verbreiten Angst auch bei vielen Beschäftigten.

¹ Kanzlerkandidat Merz. Vier-Tage-Woche sichert den Wohlstand nicht, 12. Februar 2025, NDR.

² Stefan Braun: »Wir brauchen mehr Bock auf Arbeit«, 23. Februar 2025, Table Media.

³ Bundeskanzler Merz stimmt auf »Kraftanstrengung« ein, 14. Mai 2025, Zeit Online.

⁴ Kristina Dunz: Carsten Linnemann. »Life-Life-Balance produziert keinen Wohlstand«, 25. Mai 2025, Redaktionsnetzwerk Deutschland.

⁵ Institut der deutschen Wirtschaft: Arbeitszeiten. Griechen arbeiten 135 Stunden im Jahr mehr als Deutsche, 18. Mai 2025.

⁶ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: IAB-Arbeitszeitrechnung, Mai 2025.

Das Erfolgsmodell »Exportweltmeister« schwächelt schon länger, China und andere asiatische Staaten machen sich immer unabhängiger von importierter Technik und die höheren Zölle für Einfuhren in die USA kommen noch obendrauf. Dagegen helfen Apelle von Union und Arbeitgeberverbänden wenig, die arbeitenden Leute müssten jetzt mal so richtig zupacken, um die deutsche Wirtschaft aus der Krise herauszuziehen. Aber wenn man behauptet, die Umsätze würden nicht stimmen, weil die Leute keinen »Bock auf Arbeit« hätten, hat man ein Argument gegen die tägliche Höchstarbeitszeit.

Was auf dem Spiel steht

Der Achtstundentag gehört zu den größten Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung. Jährlich wird in aller Welt der 1. Mai begangen, weil 1886 Arbeiter:innen auf dem Haymarket in Chicago für ihn streikten. In Deutschland wurde die werktägliche Höchstarbeitszeit von acht Stunden erstmals 1918 gesetzlich verankert.

Im Koalitionsvertrag haben CDU/CSU und SPD vereinbart, sie durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit zu ersetzen. Die dürfte 48 Stunden betragen, denn das ist das Höchstmaß, das die Arbeitszeitrichtlinie der EU vorsieht. Die tägliche Arbeitszeit könnte dann 12 Stunden und 15 Minuten betragen. Eine Grenze setzen nur noch die gesetzlich vorgeschriebenen Pausen und die Ruhezeit von 11 Stunden nach jedem Arbeitstag – auch die kann aber etwa in der Pflege, bei Gaststätten und Verkehrsbetrieben ausnahmsweise auf 10 Stunden verkürzt werden. Dann wären gar Arbeitstage von über 13 Stunden denkbar.

Übrigens sieht auch die EU-Arbeitszeitrichtlinie die Möglichkeit vor, kurzfristig länger als 48 Stunden pro Woche zu arbeiten, solange die Überschreitung im Laufe mehrerer Monate ausgeglichen wird. Nach den Plänen der Bundesregierung wäre es deshalb möglich, mehr als 70 Stunden in einer Woche zu arbeiten.⁷

Schon jetzt gibt es im Arbeitszeitgesetz viele Ausnahmen vom Achtstundentag, zum Beispiel für bestimmte Berufsgruppen wie Pflegekräfte oder für Bereitschaftsdienste. Und die Arbeitszeit darf grundlos auf zehn Stunden ausgeweitet werden, wenn im Mittel eines halben Jahres die acht Stunden pro Werktag nicht überschritten werden. Darum wies Taro Tatura im *nd* darauf hin, dass genau genommen gar nicht der Achtstundentag, sondern der Zehnstundentag verteidigt werden muss. Denn der Ausgleich im Durchschnitt von sechs Monaten sei allein dadurch gegeben, dass auch der Samstag laut Gesetz als Werktag gilt.⁸

Trotzdem: Heute sind 40 Stunden pro Woche die Regel – oder weniger, wenn es einen guten Tarifvertrag gibt. Die tägliche Höchstarbeitszeit von acht Stunden ist außerdem ein wichtiges Instrument im Konflikt mit dem Arbeitgeber. Selbst wenn sich eine längere Arbeitszeit nicht gerichtlich untersagen lässt, können Gewerkschaften darauf drängen, dass die gesetzliche Regelarbeitszeit eingehalten wird – beispielsweise, wenn es darum geht, wie lang eine reguläre Schicht dauert.

Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass die festgelegte Höchstarbeitszeit schon jetzt überschritten wird. Im letzten Jahr wurden in der Bundesrepublik 1.190 Millionen Überstunden geleistet, mehr als die Hälfte davon unbezahlt.⁹ Niemand weiß, wie viele davon nicht gesetzeskonform waren – und wie viele gar nicht registriert wurden, weil sie Verstöße offenlegen würden. In Betrieben mit Vertrauensarbeitszeit gilt das Arbeitszeitgesetz ohnehin oft eher als freundliche Empfehlung.

Es war einmal die Arbeitszeitverkürzung

In der Bundesrepublik wurde bisher weniger um die gesetzliche als um die tarifliche Arbeitszeit gekämpft. Am bekanntesten ist der Arbeitskampf der IG Metall für die 35-Stunden-Woche in der Metall- und Elektroindustrie 1984. Fast sieben Wochen dauerte der, samt kalter Aussperrung einer halben Million Leute. Am Ende stand ein Teilerfolg: Die Arbeitszeit wurde

⁷ Hans-Böckler-Stiftung: Debatte um die Arbeitszeit. Zentrale Fragen und Antworten aus der Forschung, 16. Juni 2025.

⁸ Taro Tatura: Massiver Angriff auf Arbeitszeitgesetz durch Union und SPD, 3. Juni 2025, *nd*.

⁹ IAB-Arbeitszeitrechnung, Mai 2025.

auf zunächst 38,5 Stunden pro Woche verkürzt. Allerdings war diese Verkürzung mit einem Einstieg in die Flexibilisierung der individuellen Arbeitszeit verbunden. Zudem wurde die konkrete Umsetzung an die Betriebsräte delegiert, was ganz unterschiedliche betriebliche Regelungen zur Folge hatte.

1995 war nach weiteren Schritten die 35-Stunden-Woche für die Metall- und Elektroindustrie erreicht – allerdings nur für die westdeutsche. Der Versuch, sie 2003 auch in Ostdeutschland durchzusetzen, scheiterte. In der Stahlindustrie gelang es der IG Metall, die Wochenarbeitszeit in der gesamten Bundesrepublik auf 35 Stunden abzusenken – seit 1994 gilt sie in West-, seit 2009 in Ostdeutschland.

Parallel zur IG Metall hatte 1984 nach dreizehnwöchigem Arbeitskampf auch die IG Druck und Papier in der Druckindustrie zunächst eine Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden und später die 35-Stunden-Woche durchsetzen können. Ähnliches gelang weder im öffentlichen Dienst noch in anderen wichtigen Branchen.¹⁰

Forderungen nach weiteren Wochenarbeitszeitverkürzungen fristeten lange ein Nischendasein. Das Interesse der Beschäftigten war begrenzt, was an der Erfahrung lag, dass das Mehr an freier Zeit häufig mit erhöhtem Arbeitsdruck einherging. Zusätzliches Personal wurde fast nie eingestellt.

2016 setzte die EVG ein tarifliches Wahlmodell durch, bei dem Beschäftigte individuell zwischen (unter anderem) mehr Geld, mehr Urlaub oder einer Arbeitszeitverkürzung wählen konnten. Die Gewerkschaft reagierte damit auf unterschiedliche Bedürfnisse ihrer Mitglieder. Fast immer wurden die freien Tage gewählt, nur selten die Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Ein neuer Anstoß kam 2023 mit der Tarifrunde in der Stahlindustrie, in der die IG Metall die Viertageweche forderte. Die Wochenarbeitszeit sollte von 35 auf 32 Stunden verkürzt werden, bei vollem Lohnausgleich versteht sich. Das ließ sich nicht durchsetzen. Seit dem Abschluss 2023/2024 können die Beschäftigten in der Stahlindustrie ihre Arbeitszeit individuell auf 33,6 Wochenstunden absenken, allerdings ohne Lohnausgleich.

Tschüssi, Viertageweche

Inzwischen ist die IG Metall programmatisch vom Ziel der Viertageweche abgerückt. Christiane Benner, die Erste Vorsitzende der IG Metall, sagte der *Bild* Ende Mai: »Eine Vier-Tage-Woche mit vollem Lohnausgleich steht aktuell nicht auf der gewerkschaftlichen Forderungsliste.«¹¹ Darüber darf man sich ärgern. Benner hat damit die wichtige programmatische Forderung nach Arbeitszeitverkürzung beiseitegeschoben.

Und trotzdem sollte man ihre Begründung zur Kenntnis nehmen. Der *Bild* sagte sie nämlich weiter: »Fakt ist: Wir spüren gerade in vielen Betrieben die angespannte wirtschaftliche Situation. Es sind die Arbeitgeber, die deshalb die Arbeitszeit verkürzen – auf Kosten der Beschäftigten.«¹²

Sie spielte darauf an, dass Kurzarbeit derzeit ein Massenphänomen ist. Im November 2024 erhielten mehr als 265.000 Menschen aus fast 10.000 Betrieben Kurzarbeitergeld.¹³ Sie arbeiten weniger als üblich und haben weniger Geld in der Tasche. Diese Erfahrung haben in den letzten Jahren viele Beschäftigte gemacht. Hinzu kommen jene, die um ihre Arbeitsplätze fürchten, weil die Unternehmen, in denen sie arbeiten, ihre Produktionskapazitäten nicht auslasten können.

Wer darum bangt, seinen Lebensstandard zu halten, während Miete und Lebensmittel teurer werden, dessen drängendstes Interesse ist das Entgelt. In Zeiten von hoher Inflation, geringen Lohnsteigerungen und schwächelnder Auftragslage kommt es vielen Beschäftigten erst

¹⁰ Siehe für einen Überblick Reinhard Bispinck:

Tarifpolitik. Grafiken/Tabellen – Arbeitszeit, reinhard-bispinck.net/grafiken/#arbeitszeit.

¹¹ Daniel Puskepeleitis: Debatte um Mehrarbeit. Gewerkschaften fordern keine Vier-Tage-Woche mehr, 27. Mai 2025, Bild.

¹² Puskepeleitis: Debatte um Mehrarbeit, Bild.

¹³ Bundesagentur für Arbeit: Statistik Kurzarbeit, November 2024, Website der Bundesagentur für Arbeit.

mal auf Sicherheit an. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist derzeit schwerer vermittelbar, weil sich viele vor dem wirtschaftlichen Abstieg fürchten und deshalb andere Prioritäten setzen.

Selbstverständlich wäre eine kollektive Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich trotzdem richtig. Eine kürzere Vollzeit wünschen sich laut einer Befragung der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahr 2022 vier von fünf Vollzeitbeschäftigten.¹⁴ Sie würde Stress reduzieren, Krankheiten vorbeugen und es möglich machen, mehr Zeit mit den Liebsten zu verbringen. Voraussetzung wäre freilich, dass die Arbeitsbelastung nicht im selben Maße hochgeschraubt würde. Dass dies aktuell durchsetzbar ist, erscheint im Lichte einiger jüngerer Tarifabschlüsse (siehe *express* 4/2025, S. 4 und 5/2025, S. 4) nicht sehr wahrscheinlich.¹⁵

Wessen Flexibilität?

Die Union hingegen verkauft ihre Pläne als Gewinn für die Beschäftigten. Zum Beispiel in Person von Stefan Nacke, dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, des gewerkschaftsnahen Flügels der CDU. Er sagte der Tagesschau: »Es geht um Freiheit, nicht um Ausbeutung. Wir wollen auch nicht, dass die Arbeitszeit ausgeweitet wird, wir wollen den Menschen Wahlmöglichkeiten geben. Ganz viele junge Menschen, die Verantwortung für Familie haben, für junge Kinder, für zu pflegende Eltern, (...) die brauchen flexible Lösungen und das ist in deren Sinne.«¹⁶

Schon im Koalitionsvertrag wurde die Abschaffung des Achtsturentags gerechtfertigt mit mehr »Flexibilität« für »Beschäftigte und Unternehmen« sowie ausdrücklich mit der »besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf«.¹⁷ Wenn man einfach täglich zwölf Stunden arbeitet, dann ist die 40-Stunden-Woche in dreieinhalb Tagen geschafft – so ungefähr dürfte das gemeint sein. Fragt sich nur, was Friedrich Merz dann eigentlich gegen die Viertagewoche hat?

Möglicherweise wären manche mit so einer Arbeitswoche einverstanden. Aber: In der Praxis bedeutet »Flexibilität« für Beschäftigte und Unternehmen etwas ganz Verschiedenes. Nicht umsonst heißt es im Gewerkschaftsjargon nicht »Flexibilität«, sondern »Zeitsouveränität«, wenn Beschäftigte ihre Arbeitszeit nach eigenen Wünschen gestalten können. Denn Flexibilität meint nicht: mehr Wahlmöglichkeiten für die Beschäftigten, sondern dass die Arbeitgeber noch freier über deren Arbeitszeit entscheiden können. Würde die tägliche Höchstarbeitszeit abgeschafft, dann erhöhte sich ihr Gestaltungsspielraum weiter. Die Rede von »mehr Flexibilität für alle« verdeckt, dass eigentlich darum gerungen wird, wer entscheidet, wann und wie lang gearbeitet wird – Arbeitgeber oder Beschäftigte?

Von der Abschaffung des Achtsturentags würden also nicht diejenigen profitieren, die mittwochs länger arbeiten wollen, um anderntags die Kinder früher aus dem Hort abholen zu können oder den Termin für ihren Yogakurs nicht zu verpassen. Auswirken würde sich eine weitere Deregulierung vielmehr auf jene Branchen, in denen schon jetzt um die Arbeitszeit gekämpft wird. Dazu gehören etwa die Gastronomie und das Bauwesen. So sieht es auch die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi, die Ende Mai im Interview mit der *Rheinischen Post* sagte: »Es geht wohl (...) darum, rechtlich fragwürdige Geschäftsmodelle zu legalisieren, wie regelmäßige Zwölf-Stunden-Schichten bei Subunternehmern im Paketdienst oder die fehlenden Ruhezeiten im Hotel- und Gastgewerbe.«¹⁸

Das alles sollte Grund genug sein, den Achtsturentag zu verteidigen. Der ist gar nicht so unbeliebt, wie die öffentliche Debatte über »Bock auf Arbeit« glauben macht. Als die Bundesagentur für Arbeit im April und Mai sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zur Arbeitszeit befragte, gaben zwar rund ein Drittel von ihnen an, sie wären bereit, an manchen Tagen

¹⁴ Yvonne Lott, Eike Windscheid: 4-Tage-Woche. Vorteile für Beschäftigte und betriebliche Voraussetzungen für verkürzte Arbeitszeiten. Policy Brief WSI, Nr. 79.

¹⁵ Siehe auch Heft 1/2025 der WSI-Mitteilungen zum Thema »Kämpfe um Zeit. Alte Probleme, neue Konflikte«.

¹⁶ Uwe Jahn: Wöchentliche Höchstarbeitszeit statt Acht-Stunden-Tag, 12. Juni 2025, Tagesschau.

¹⁷ CDU, CSU, SPD: Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag, S. 17.

¹⁸ Birgit Marschall: »Das reichste Prozent der Bevölkerung beteiligt sich unverschämt wenig am Gemeinwesen«. DGB-Chefin Fahimi im Interview, 29. Mai 2025, Rheinische Post.

länger als zehn Stunden zu arbeiten. Zugleich sprachen sich aber fast drei Viertel der Befragten dafür aus, eine tägliche Höchst Arbeitszeit beizubehalten.¹⁹

* *Lucas Rudolph ist Redakteur des express.*

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany das Dossier: [Arbeitszeitgesetz: Kampf um den Acht-Stunden-Tag \[erneut\]](#)

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info

Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12

¹⁹ Jens Stegmaier, Jonas Aljoscha Weik, Bernd Fitzenberger, Enzo Weber: Mehr Anreize, mehr Flexibilität, mehr Arbeit? Wie Beschäftigte auf die Pläne der neuen Bundesregierung reagieren würden, 17. Juni 2025, IAB-Forum.